

Entpuppt sich der Flughafenausbau als Jobkiller?

Qualifizierte Arbeitsplätze vor dem Aus

Erst brechen die Zahlen beim Aufkommen von Passagier- und Frachtflügen ein - jetzt geht selbst das Arbeitsplatzargument als Begründung für einen Ausbau des Flughafens Frankfurt in Schall und Rauch auf. Für Hattersheims Bürgermeister Hans Franssen ist die Ankündigung der Fraport AG, massive Kosteneinsparungen bei ihren Bodenverkehrsdiensten durchzusetzen oder diesen Bereich sogar zu verkaufen, der Offenbarungseid schlechthin.

Lohneinbußen: Offenkundig drohen Ausgliederungen von Sparten

„Der Gewerkschaft Ver.di und den Beschäftigten der Fraport dürfte nunmehr klar sein, dass ein Ausbau des Flughafens die dortigen Arbeitsplätze nicht sicherer macht, sondern diese ganz im Gegenteil dadurch in Frage gestellt werden. Da hilft kein Schönreden“, ergänzt Franssen: „Mit einem Ausbau droht der Flughafen zu einem ‚Eldorado‘ für Unternehmen mit Lohndumping werden. Erst werden die Fraport-Beschäftigten in Tochtergesellschaften ausgegliedert und müssen erhebliche Lohneinbußen hinnehmen, dann erfolgt der Verkauf der Töchter und der Preiskampf unter den Anbietern führt zu noch niedrigeren Löhnen und zur Rationalisierung von Arbeitsstellen“, mutmaßt der Hattersheimer Rathauschef.

In den Schlagzeilen ist dieser Tage nachzulesen, dass der Fraport-Vorstand von den Gewerkschaften Eingeständnisse bei den Tarifleistungen forderte, die einem Lohnverzicht gleichkommen. Nachdem dies von den Gewerkschaften bisher abgelehnt wurde, drohen die Fraport-Chefs mit einer Ausgliederung und damit verbundenen schlechteren Lohntarifen – ja sogar mit einem Verkauf von Tochterunternehmen. Nach Aussagen der Gewerkschaft Ver.di sind hiervon über 5.000 Beschäftigte der Bodenverkehrsdienste und weitere 1.600 Mitarbeiter der Fraport-Tochter Airport Personal Services betroffen.

Fraport: Fokus künftig nur noch auf lukrative Geschäftsbereiche?

Hochheims Bürgermeisterin Angelika Munck erinnert daran, dass bereits Anfang dieses Jahres die Fraport AG ihre 100-prozentige Tochter ICTS Europe Holdings, deren Tätigkeitsbereich im Wesentlichen Sicherheitskontrollen an Flughäfen umfasst, an die Deutsche Beteiligungs AG verkauft hatte. Munck: „Hier ging der Kelch noch an den Beschäftigten des Flughafens Frankfurt vorbei, da die über 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außerhalb des Frankfurter Flughafens und des Flughafens Hahn beschäftigt waren. Jetzt zeigt sich jedoch, dass dieses ‚Geschäftsmodell‘ des Verkaufs von Töchtern offenbar auch für Frankfurt nicht mehr auszuschließen ist.“ Munck gibt zu bedenken: „Fraport scheint sich auf das lukrative Retail-Geschäft und die Immobilienbewirtschaftung zu fokussieren und sich aus anderen Geschäftsfeldern, die weniger umsatzträchtig sind, zurückzuziehen. Die negativen Folgen für die Beschäftigten sind absehbar.“

Flörsheims Bürgermeister Michael Antenbrink erinnert an Zahlen, die Fraport selbst im Juli 2006 veröffentlicht hatte: „In diesem aktuellsten Gutachten der Fraport AG zu der Prognose der Beschäftigten am Flughafen Frankfurt Main für das Jahr 2020 zeigt sich ein deutlicher Zuwachs der Beschäftigten bei einem Verzicht auf den Flughafenausbau.“ Dem Fraport-Gutachten folgend werden für den sogenannten Prognosenullfall 80.100 direkte Beschäftigungsverhältnisse am Flughafen geschätzt. Nach Fraport-Angaben gibt es heute rund 70.000 Flughafenbeschäftigte. „Das heißt doch im übertragenen Sinne, dass bei einem Nichtausbau niemand Angst um seinen Arbeitsplatz haben muss“, folgert Antenbrink und rechnet vor, dass vielmehr über 10.000 neue Arbeitsplätze entstünden. „Es ist doch für jeden nachvollziehbar, dass es viel sinnvoller ist, auf einen Ausbau des Flughafens zu verzichten, um qualifizierte und gerecht entlohnte Arbeitsstellen am Flughafen zu sichern.“

Antenbrink weiter mit Blick auf die aktuellen Meldungen: „Durch einen Flughafenausbau wird die Konkurrenzsituation doch noch weiter angeheizt. Dies dürfte für die Bodenverkehrsdienste und andere am Flughafen ansässige Unternehmen zu einem ruinösen Preiskampf führen, der letztlich Lohneinbußen bei den Beschäftigten oder schlimmstenfalls den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge haben wird“, prophezeit der Bürgermeister der Mainstadt Flörsheim.

**Gemeinsame Presserklärung
der Städte Mainz, Hattersheim am Main, Hochheim am Main und Flörsheim am Main**

Der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel unterstützt die Argumente seiner Amtskollegen: „Ein Vergleich der von Fraport im Planfeststellungsverfahren vorgelegten zwei Gutachten zu den Einkommens- und Beschäftigungseffekten führt sogar zu dem verblüffenden Ergebnis, dass im Zeitraum von 2015 bis 2020 der Nichtausbau des Flughafens Frankfurt Main zu einem höheren Zuwachs an direkter Beschäftigung führt als der Ausbaufall.“ Während in diesen fünf Jahren die direkte Beschäftigung im Ausbaufalle um 6.887 steigen soll, steigt diese im Nichtausbaufalle um sage und schreibe 14.897. Damit ist für Beutel klar: „Die Fraport AG räumt somit selbst ein, dass ein Verzicht auf den Flughafenausbau ab dem Jahr 2015 bis zum Prognosejahr 2020 zu einer um über 8.000 Arbeitsstellen besseren Bilanz führt als der Ausbau des Flughafens.“

Auch Ver.di hat massive Zweifel an These vom „Jobwunder“

„Am Beispiel des Rüsselsheimer Autoherstellers Opel können wir lernen, dass es nicht unbedingt ein Erfolgsmodell sein muss, sich mit aller Macht als Global-Player am Markt positionieren zu wollen“, warnen die Bürgermeister vom Main und der Oberbürgermeister vom Rhein. Gleiches gelte auch für den Flughafen Frankfurt. „Ist es nicht viel sinnvoller, die Qualität des bestehenden Systems zu verbessern, als durch einen Ausbau zu einem Moloch zu entarten, der den Menschen schadet und der Zukunftsfähigkeit in der Region Rhein-Main einen Bärendienst erweist?“ fragen sich die Rathauschefs.

Selbst der Ver.di Landesfachbereichsleiter Verkehr und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Fraport, Gerold Schaub, meldete in der „FAZ“ vom 5. Dezember erste Zweifel an dem „Jobwunder“ Ausbau an, indem er darauf verweist, dass mit dem Ausbau des Luftstandortes Frankfurt kein Abbau, sondern ein Zuwachs an guten Arbeitsplätzen verbunden sein müsse.

Antenbrink, Beutel, Franssen und Munck folgern daraus: „Wenn selbst ein absoluter Insider mit dem Flughafenausbau die Furcht vor einem Abbau von Arbeitsplätzen verbindet, dann muss dies auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof in den anstehenden Verfahren zur Kenntnis nehmen.“

**Gemeinsame Presserklärung
der Städte Mainz, Hattersheim am Main, Hochheim am Main und Flörsheim am Main**

Der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens Frankfurt hatte noch die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Umfeld des Flughafens als Ausprägung eines öffentlichen Interesses - und somit als Begründung für einen Ausbau - angesehen. Durch die anhängigen Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss steht auch diese Aussage auf dem Prüfstand.

„Wie der Verwaltungsgerichtshof die jetzt bekannt gewordene Forderung des Fraport-Vorstandes gegenüber den Beschäftigten auf einen Lohnverzicht wertet, ob das als Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden kann und wie der Ausbau zu einer Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen soll, das bleibt jetzt rätselhafter denn je“, heißt es in den Rathäusern von Hattersheim, Flörsheim, Hochheim und Mainz. Nach dem Bruch des versprochenen Nachtflugverbots werde nun auch das Arbeitsplatzargument als Ammenmärchen entlarvt. Die einst bei jeder sich bietenden Gelegenheit herausposaunten 100.000 neuen Arbeitsplätze bei einem Flughafenausbau blieben unglaubwürdig. Tausenden Beschäftigten in der Vorweihnachtszeit zugleich öffentlich mitzuteilen, dass ihre Arbeit „wertvernichtend“ für den Fraport-Konzern sei, zeige, dass sich Fraport-Vorstandschef Bender nur an Umsatz, Gewinn und Aktienkursen orientiere und ihm die Belange von Beschäftigten und deren Familien egal zu sein scheinen: „Wer solch ein makaberes Spiel treibt, der muss sich nicht wundern, wenn auch die Ankündigungen von Schutzmaßnahmen für die Menschen der Region Rhein-Main zur Minderung der durch den Flughafenbetrieb bedingten Belastungen lediglich als Lippenbekenntnisse ausgelegt werden“, urteilen die Stadtoberhäupter abschließend.